

# Newsletter 4.2013 | 28. März 2013

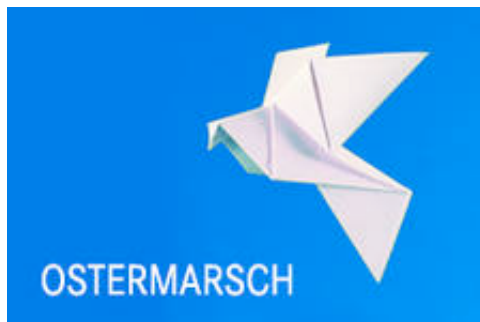


## INHALTSVERZEICHNIS

1. Ostermarsch
2. 100% sozial
3. 10 Jahre Agenda 2010
4. Internationaler Frauentag
5. Gedenkjahr 2013
6. Bundestagswahl 2013
7. Termine
8. Impressum

## OSTERMARSCH

### Ostermarsch 2013 am 1. April im Heideort Dolle an der B189



Das teuerste Krisengebiet Deutschlands liegt in der Colbitz-Letzlinger Heide, unweit des Kundgebungsortes Dolle: Schnöggersburg. Hier entsteht eine Stadt, die als Kampfgebiet dienen soll, in der Dimension von Halle-Neustadt (6,25 km<sup>2</sup>) mit 520 Gebäuden. 100 Millionen Euro sind vorerst bereitgestellt. Bis zu 25.000 Soldaten jährlich sollen hier ab 2016 gegen einen imaginären Feind den Häuserkampf proben. Im Zuge ihrer Neuordnung als Interventionsarmee und für die so genannte Aufstandsbekämpfung sucht die Bundeswehr damit ihre Feinde in den Städten. Wir fragen: Wer sind diese Feinde in welchen Städten? Städte sind und bleiben keine Angriffsziele. Krieg und der Einsatz militärischer Mittel dürfen kein Instrument deutscher Außen-

und Sicherheitspolitik sein. [mehr...](#)

## 100% SOZIAL

### Erster Entwurf des Wahlprogramm der LINKEN: 100% sozial



Mit einer Pressekonferenz in der Berliner Parteizentrale haben die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger den Entwurf des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2013 vorgestellt. Kipping betonte: »Wir haben die Politik verändert und die soziale Gerechtigkeit in allen Parteien auf die Agenda gesetzt. Jetzt wollen wir zum Motor für reale Veränderungen werden. Deshalb ziehen wir mit Kernforderungen in den Wahlkampf, für die nur wir garantieren.«

[Zur Presseerklärung...](#)

Wahlprogrammmentwurf ([PDF](#))

Das Programm mitgestalten:

<http://parteidebatte.die-linke.de/>

## Regionalkonferenzen

Beim Bundesparteitag in Dresden wird das Wahlprogramm diskutiert und beschlossen. Damit erfolgt eine zentrale inhaltliche Weichenstellung für die Bundestagswahl am 22. September 2013. Das ist auch für den Landesverband Sachsen-Anhalt von zentraler Bedeutung. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt diskutiert(e) den Programmmentwurf, im März auf der Regionalkonferenz Ost in Berlin sowie auf unseren Landeskongressen für die Regionen Harz und Altmark.

Die nächsten Regionalkongresse finden in **Magdeburg (19. April)**, in der Region **Anhalt (26. April)** und im **südlichen Sachsen-Anhalt (24. Mai)** statt.

10 JAHRE AGENDA 2010



## Agenda 2010 – Ein Jahrzehnt Marktgläubigkeit und Sozialabbau



**Am 14. März 2003 verkündete die rot-grüne Bundesregierung die Reformpolitik der Agenda 2010. Erklärung der Landesvorsitzenden Birke Bull:**

»Der Markt wird es richten! Ende der 1990er Jahre leiteten Gerhard Schröder und Tony Blair einen neuen Kurs der europäischen Sozialdemokratie ein: Es gelte nun, in den traditionellen Konfliktlinien Kapital und Arbeit, Markt und Staat, Individuum und Gesellschaft, alte Positionen zu verlassen. Sie passen nicht mehr in die Zeit des Wechsels von der Industrie- in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, so Schröder und Blair im gemeinsamen Papier »Der Weg nach vorne«. Gebote der Stunde seien der Rückzug des Staates, die Verlagerung von Risikoabsicherung in das Private und in die Zivilgesellschaft, die Flexibilisierung der Märkte mit dazu passenden Arbeitnehmern sowie Steuerentlastungen für das Kapital. [mehr...](#)

Zur [Sonderseite](#)

## Bilanz nach zehn Jahren Agenda 2010 und Alternativen

**Bundespressekonferenz am 13. März 2013 in Berlin,**  
mit Christoph Butterwegge, Gregor Gysi, Bernd Riexinger und Katja Kipping  
[Video](#)

**Professor Christoph Butterwegge** zur Bilanz der Agenda 2010: "Ökonomisch hat die Agenda den "Standort D" weiter gestärkt, was die wirtschaftliche Unwucht zwischen der Bundesrepublik und Ländern Südeuropas verschärfte und entscheidend zur dortigen "Staatsschuldenkrise" beitrug. In sozialer

Hinsicht wirkte die Agenda-Politik verheerend, weil sie zu einer bis dahin unvorstellbar krassen Verteilungsschieflage bei den Einkommen und Vermögen führte, von der perspektivisch Gefahren für den inneren Frieden und die Demokratie ausgehen. Mein Fazit: Deutschlands Wirtschaft steht gut da, weil seit Jahr und Tag an der Gerechtigkeit gespart wird.

### **Material:**

Professor Dr. Christoph Butterwegge:

### **Gerhard Schröders Agenda 2010 – 10 Jahre unsoziale Politik**

Expertise für die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE, 13. März 2013

[\(PDF\)](#)

## **Stopp-Zeichen für Agenda-Politik**

[Pressematerial](#) von **Sabine Dirlich**, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin und **Wulf Gallert**, dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 13. März 2013  
[Themenseite](#) der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

## **Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt – Landtagsdebatte zur Agenda 2010**



Auf Antrag der LINKSFRAKTION debattierte der Landtag am 22. März 2013 die Folgen der Agendapolitik:

[Videostream...](#)

### INTERNATIONALER FRAUENTAG



## **Internationaler Frauentag**



DIE LINKE fordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft, keine staatliche Subventionierung eines überholten Familienmodells. Anders als die Bundesregierung beschränken wir uns nicht auf Frauenquoten in Vorstandsetagen. LINKE Gleichstellungspolitik richtet sich an alle Frauen, egal ob alleinerziehende Mutter, Ärztin, Verkäuferin oder Friseurin.

[Zur Presseerklärung...](#)

### GEDENKJAHR 2013



## Die lange vergessenen Opfer



### Gedenken an die Deportationen von Sinti und Roma vor 70 Jahren

Sinti und Roma gehörten bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zu sozial stigmatisierten Gruppen. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde die Diskriminierung und Verfolgung zudem rassistisch begründet. Im Dezember 1942 ordnete Heinrich Himmler die Ermordung aller noch im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten lebenden Sinti und Roma an. Ab Februar 1943 wurden 23.000 Menschen aus elf Ländern Europas deportiert und in Auschwitz-Birkenau ermordet.

[Zur Presseerklärung...](#)

## BUNDESTAGSWAHL 2013



## VertreterInnenversammlung



Die VertreterInnenversammlung zur Nominierung der BewerberInnen der Landesliste zur Bundestagswahl findet am Sonnabend, dem **13. April 2013 in Magdeburg** im Büro- und Tagungs-Center in der Rogätzer Straße 8 statt.

[mehr...](#)

## Gysi in Halle



**Gregor Gysi: „Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verdient unseren engagierten Wahlkampf!“** DIE LINKE streitet für gute Arbeit, von der man leben kann, für eine Energiewende, die sich jeder leisten kann, für ein Land, dass nicht als drittgrößter Waffenexporteur an Krieg und Elend verdient und für Löhne und Renten, die Menschen nicht in Ost und West einteilen.

23 Jahre nach der Wende sind geringere Löhne in Ostdeutschland und damit geringe Renten bei gleicher Tätigkeit nicht mehr hinnehmbar, so Gysi auf der öffentlichen Mitgliederversammlung der LINKEN am 15. März. Dort hatten die Genossinnen und Genossen

aus Halle und dem Saalekreis mit **Petra Sitte ihre Direktkandidatin** für die kommende Bundestagswahl aufgestellt. Über 400 Menschen folgten der Veranstaltung im wunderbaren Ambiente des Steintor-Varietés in Halle (Saale). [mehr...](#)

## Petra Sitte als Direktkandidatin in Halle nominiert



Auf der Wahlkreisvertreter\_innenversammlung im Halle wurde Petra Sitte mit 204 von 208 Stimmen zur Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 72 gewählt. Das entspricht einem Ergebnis von 98%. Herzlichen Glückwunsch.

## Jörg Schindler als Direktkandidat nominiert



Bei der VertreterInnenversammlung in Dessau-Roßlau wurde Jörg Schindler einstimmig als Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis 70 (Dessau-Wittenberg) nominiert. Herzlichen Glückwunsch!

## Thomas Waldheim als Direktkandidat nominiert



Bei der VertreterInnenversammlung in Burg wurde Thomas Waldheim mit dem seltenen Ergebnis von 100% der abgegebenen Stimmen, als Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis 67 (Börde-Jerichower Land) nominiert. Herzlichen Glückwunsch!

## Elke Reinke als Direktkandidatin für die Bundestagswahl nominiert





Auf der Wahlkreisvertreter\_innenversammlung im Harz hat sich Elke Reinke mit 83,3 Prozent gegen Rainer Böhmer mit 11% der Stimmen, als Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 68 durchgesetzt. Herzlichen Glückwunsch.

## TERMINE



Dolle, 1. April 2013

**Ostermarsch in der Colbitz-Letzlinger Heide**

Magdeburg, 2. April 2013

**Sitzung Landesvorstand**, Beschluss zum Listenvorschlag für die VertreterInnenversammlung, 18.00 Uhr, Landesgeschäftsstelle Magdeburg

Magdeburg, 5. April 2013

**Beratung des Landesvorstandes mit dem Landesausschuss und den der Kreis- und Stadtvorsitzenden**,

um 18.00 Uhr, im Konferenzraum der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Magdeburg

8. April bis 3. Mai 2013

**Kommunaltour der Landtagsfraktion**

Merseburg, 9. April 2013

**Öffentliche Sitzung der Landtagsfraktion DIE LINKE**

Magdeburg, 13. April 2013

**VertreterInnenversammlung, Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl**, 11.00 Uhr, BTM, Rogätzer Straße 8

13. April 2013

**Bundesweiter Aktionstag des Bündnis Umfairteilen**

Magdeburg, 26.–28. April 2013

**Bundeskongress der Linksjugend ['solid]**

26. April 2013

**Girls- and Boys-Day**

Magdeburg, 27. April 2013

**Beratung der Kreistagsfraktionsvorsitzenden und der Kreis- und Stadtvorsitzenden der LINKEN in Sachsen-Anhalt**

Magdeburg, 29. April 2013

**Geht's auch ohne? Linke Alternativen zum Verfassungsschutz.**

Fachtagung der Landtagsfraktion, ab 11.00 Uhr, im Kulturwerk Fichte

1. Mai 2013

## Tag der Arbeit – Bundesweiter Aktionstag

**Der Newsletter kann auch als PDF inklusive der meisten verlinkten Texte ausgedruckt werden.**  
zum PDF...

### IMPRESSUM



#### **DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt**

Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg

Tel. 0391/732 48 40

Fax 0391/732 48 48

E-Mail: [newsletter@dielinke-lsa.de](mailto:newsletter@dielinke-lsa.de)

**Redaktion:** Martin Heinlein (V.i.S.d.P.), Anke Lohmann

Wenn Sie diesen Newsletter nicht weiter erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff "abbestellen" an: [newsletter@dielinke-lsa.de](mailto:newsletter@dielinke-lsa.de)

# Befristet beschäftigt?



Wie der **Osterhase** zu einer guten Rente kommen soll, wissen wir nicht.

**Aber Millionen Menschen mit Niedriglohn, in Teilzeit und Befristung brauchen dafür:**

**Gute Arbeit und gute Löhne!**  
**Frohe Ostern für alle!**

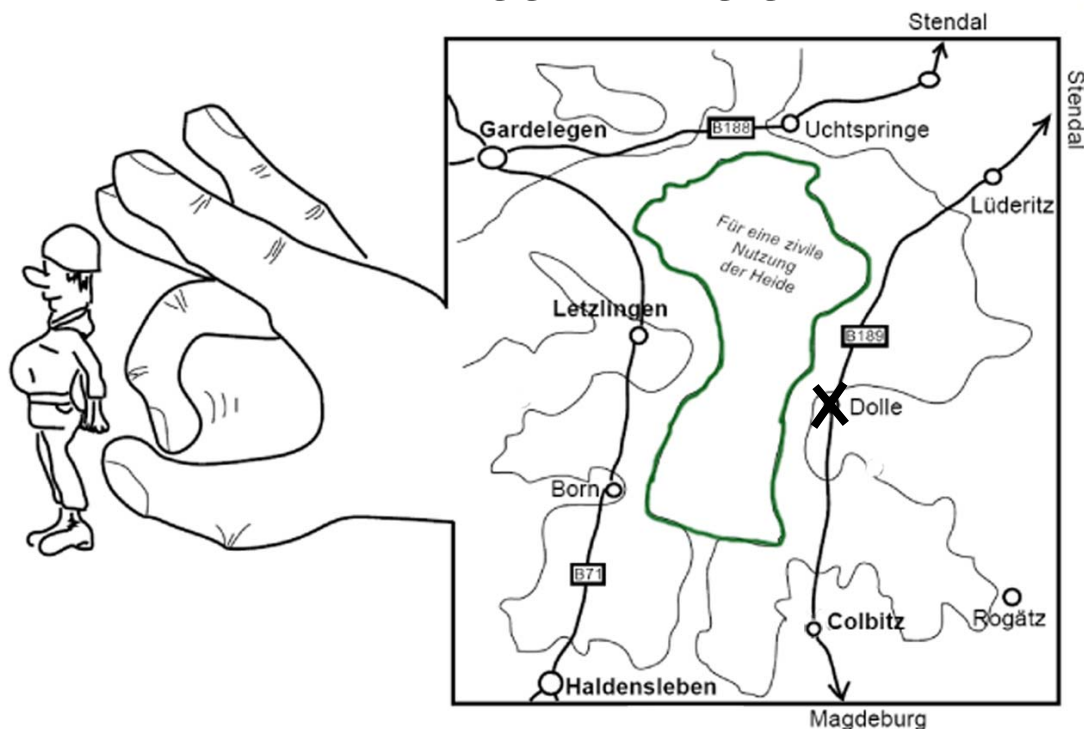
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wünscht frohe Ostern und erholsame Feiertage!  
Teile unsere Ostergrüße auch auf facebook!



# Ostermarsch 2013

und 237.Friedensweg der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE

## Militär raus – Schnöggersburg gehört uns!



**am Montag, 1. April 2013, im Heideort Dolle an der B189**

- 10:45 Uhr** Beginn mit einer ökumenischen Andacht an der Mahn- und Gedenkstätte
- 11:00 Uhr** Begrüßung zum Ostermarsch und Gedenken  
an der Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Faschistischen Terrors  
an der B189 am nördlichen Ende des Dorfes  
anschließend **Ostermarsch durch Dolle**  
Der Marsch führt durch den Ort in die anliegende Heidelandschaft und bewegt sich  
zur Bühne an der Forststraße in unmittelbarer Nähe zum Ausgangspunkt.
- 12:30 Uhr** **Konzert mit Esther Bejarano & Microphone Mafia**, Bühne an der Forststraße  
Die 87-Jährige Esther Bejarano und ihr Sohn Joram treten gemeinsam mit Rosario Pennino und Kutlu Yurtseven, Musiker der Kölner Rap-Band "Microphone Mafia",  
im Konzert auf. Esther Bejarano gehört zu den letzten Überlebenden des  
Mädchenorchesters des KZ Auschwitz.
- 14:00 Uhr** **Kundgebung**, Bühne an der Forststraße mit  
**Tobias Pflüger**, Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung  
(IMI) e.V. und im Vorstand des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE.

### Autokorso von Magdeburg

**9:45 Uhr** ab Domplatz Magdeburg

### Fahrrad-Tour von Magdeburg nach Dolle

**07:30 Uhr** ab Alter Markt, Magdeburg | 09:00 Uhr ab Bahnhof Wolmirstedt 35 km

V.i.S.d.P. Ines Horstmann  
Kontaktadresse: Vorbereitungsgruppe Ostermarsch  
Kontakttelefon: 0175 6514490

[www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de](http://www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de) | E-Mail: [info@ostermarsch-sachsen-anhalt.de](mailto:info@ostermarsch-sachsen-anhalt.de) |

Ausgabe vom 25.02.2013

## „Militär raus – Schnöggersburg gehört uns!“

Das teuerste Krisengebiet Deutschlands liegt in der Colbitz-Letzlinger Heide, unweit des Kundgebungsortes Dolle: **Schnöggersburg**. Hier entsteht eine Stadt, die als Kampfgebiet dienen soll, in der Dimension von Halle-Neustadt (6,25 km<sup>2</sup>) mit 520 Gebäuden. 100 Millionen Euro sind vorerst bereitgestellt. Bis zu 25.000 Soldaten jährlich sollen hier ab 2016 gegen einen imaginären Feind den Häuserkampf proben. Im Zuge ihrer Neuordnung als Interventionsarmee und für die so genannte Aufstandsbekämpfung sucht die Bundeswehr damit ihre Feinde in den Städten. Wir fragen: Wer sind diese Feinde in welchen Städten? Städte sind und bleiben keine Angriffsziele. Krieg und der Einsatz militärischer Mittel dürfen kein Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Kriegsübung nährt den Krieg. Das Leid und das Elend, das die Soldaten während und nach der Zerstörung in Städte und Dörfer tragen, erfahren sie dabei nicht. Die zivile Bevölkerung wird mit Akteuren aus den eigenen Reihen simuliert und **Schnöggersburg** wird wie von Wunderhand immer wieder neu entstehen. In der Kriegsrealität hinterlassen die Soldaten jedoch eine traumatisierte Bevölkerung vor den Trümmern ihrer Existenz und ihres Lebens. Wir protestieren gegen einen Tummelplatz für Ego-Shooter in einem computerspielgleichen Szenario. Denn in der Realität steht der Soldat in seiner persönlichen Verantwortung für das von ihm anderen Menschen genommene Leben - auch nach dem Erhalt des Befehls.

Die Bundeswehr macht Jagd auf die Jugend. In Werbefeldzügen appelliert sie an Abenteuerlust und verspricht „Karriere“. Ihre Rekrutierer sprechen an Schulen und in Berufsberatungsstellen von "Fun" und "Action" und nicht von "Angriffskrieg" und "Kollateralschaden". Das hochtechnisierte Szenario **Schnöggersburg** ist Teil der Werbung für einen vorgeblich „modernen Beruf“. Durch Hochtechnologie soll eine offensive Kriegführung ermöglicht werden. Die Bundeswehr soll gleichzeitig zu zwei weltweiten Kampfeinsätzen und einem maritimen Einsatz befähigt werden. Damit folgen Bundesregierung und Bundeswehr nicht dem Friedensgebot des Grundgesetzes! Wir protestieren gegen die Bereitschaft, Gewalt als Problemlösung zu akzeptieren.

In **Schnöggersburg** lebten einst Menschen. 1936 wurde dieser Ort für die Errichtung von Schießbahnen abgerissen, auch hier wurde der 2. Weltkrieg durch das Nazi-Regime vorbereitet. Wir erinnern an die Todesmärsche 1945 durch die Heide. Unsere Achtung und Erinnerung gilt den unzähligen Opfern der Nazi-Barbarei, insbesondere den 67 namentlich nicht bekannten ermordeten KZ-Häftlingen, die in der Mahn- und Gedenkstätte Dolle beerdigt sind.

**Vertrauen Sie Ihrem gesunden Menschenverstand! Fühlen Sie sich persönlich angegriffen! Entrüsten Sie sich gegen Schnöggersburg als Kampfstadt! Treten Sie für einen Naturpark in unserer Colbitz-Letzlinger Heide ein! Kommen Sie zum Ostermarsch!**

*Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.*



20. Februar 2013 *Katja Kipping und Bernd Riexinger*

## **Wir kämpfen für den Einstieg in eine solidarische Alternative**

**Am 20. Februar 2013 stellen die beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger den ersten Entwurf für das Bundestagswahlprogramm der LINKEN öffentlich vor. Der Entwurf ist in der Verantwortung der beiden Vorsitzenden unter Einbeziehung vieler Expertinnen und Experten und nach einer ersten Beratung im Parteivorstand der LINKEN entstanden.**

Bernd Riexinger fasst die politische Stoßrichtung des Entwurfs zusammen: "Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Viele teilen mit uns das Unbehagen an einer Gesellschaft, in der sich riesige Reichtümer in den Händen weniger häufen, während viele keinen gerechten Lohn für ihre Arbeit bekommen. Viele sind nicht damit einverstanden, dass sie selbst nicht gut durch die Krise gekommen sind und jetzt auch noch die Kosten der Krise bezahlen sollen. Viele wollen wie wir eine Gesellschaft, in der Menschen mehr zählen als Banken. Gemeinsam statt einsam, miteinander statt gegeneinander, Kooperation statt Konkurrenz, kurzum: Mehr Wir! Unser Programmentwurf umreißt die Eckpunkte einer solidarischen Alternative zum Alle-gegen-Alle-Kapitalismus. Wir kämpfen gegen Armut, wollen mit Biss nach oben Reichtum umverteilen, treten für gute Löhne und Renten ein, geben den Interessen des Ostens eine Stimme, sind unbestechlich gegen Kriege und Waffenexporte und haben eine Vision für den sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Aber wir sagen auch, der Einstieg in eine gerechtere Politik ist schnell machbar. Wir definieren in unserem Programmentwurf, die politischen Kerninhalte, für die wir in den kommenden vier Jahren streiten werden."

Katja Kipping betont das programmatische Profil der LINKEN: "Wir haben die Politik verändert und die soziale Gerechtigkeit in allen Parteien auf die Agenda gesetzt. Jetzt wollen wir zum Motor für reale Veränderungen werden. Deshalb ziehen wir mit Kernforderungen in den Wahlkampf, für die nur wir garantieren. Wir sagen, ein Mindestlohn muss so hoch sein, dass man von einem Vollzeitjob leben kann und im Alter eine auskömmliche Rente bekommt. Wir sagen, die Grundsicherung muss so hoch sein, dass niemand unter die Armutsgrenze fällt. Wir sagen, die Rente muss im Alter den erreichten Lebensstandard sichern und mit den Löhnen dynamisiert werden. Wir sagen, dass der Staat die Explosion von Strompreisen und Mieten durch strikte Gesetze stoppen muss. Wir sagen, dass Privatisierungen künftig unter den Vorbehalt von Volksentscheiden gestellt werden müssen. Wir wollen, dass die Reichen durch gerechte Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen für die Finanzierung des sozialökologischen Wandels heran gezogen werden. Wir sagen, es gibt eine Alternative zu den unsinnigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, und zwar den multilateralen Verzicht auf Waffenexporte. Wir kämpfen um die Stimmen aller, die der Politik eine neue Richtung geben wollen."

Riexinger rechnet mit einer "harten Auseinandersetzung" und prophezeit einen "simulierten Lagerwahlkampf". Er sagt: "Wenn man einen genauen Blick riskiert, sind die politischen Unterschiede zwischen Merkel und Steinbrück marginal. Wir wollen mehr als nur eine privilegierte Solidarität innerhalb der Mittelschicht. Wir haben den Blick für die sozialen Problemlagen und den nötigen Biss nach oben."

Kipping betont: "Wir gehen mit Realismus in den Bundestagswahlkampf. Wir wollen so nah wie möglich an unser sehr gutes Ergebnis von 2009 heran kommen. Wir ziehen als eigenständige politische Kraft in den Wahlkampf und werden dort, wo uns die Wählerinnen und Wähler am Ende platzieren, Druck für soziale Gerechtigkeit machen. Wir wollen den Wählerinnen und Wählern sagen, was sie von der LINKEN im nächsten Bundestag erwarten können."

Quelle: <http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/artikel/wir-kaempfen-fuer-den-einstieg-in-eine-solidarische-alternative/>



## Mitmachmöglichkeiten

**Mitmachen, mitdiskutieren. Für das beste Wahlprogramm.**

Gemeinsam schreiben wir das Wahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahl 2013. In allen drei Phasen könnt ihr euch in die Debatte um das Wahlprogramm einschalten:

**1. Online-Diskussionsplattform**

Auf [parteidebatte.die-linke.de](http://parteidebatte.die-linke.de) findet Ihr eine Diskussions- und Abstimmungsplattform. Dort könnt ihr sofort mitdiskutieren und gemeinsam mit anderen an Vorschlägen für das Wahlprogramm arbeiten.

**2. Diskussionsveranstaltungen in den Gliederungen der LINKEN**

Die meisten Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der LINKEN werden Diskussionsveranstaltungen zum Bundestagswahlprogramm in allen Phasen anbieten. Die Veranstaltungen sind öffentlich. Hier kann sich jede und jeder sofort einbringen. Im März finden zudem fünf Regionalkonferenzen statt.

**3. Schreiben, faxen, mailen**

Du hast viele kluge Ideen für das beste Wahlprogramm? Schick sie uns. Per Mail an [wahlprogrammdebatte@die-linke.de](mailto:wahlprogrammdebatte@die-linke.de), per Fax an 030/24009-310 oder per Post an DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

**4. Änderungsanträge stellen**

Sobald für den Leitantrag, also der endgültige Entwurf des Wahlprogramms, vom Parteivorstand veröffentlicht wird, können Mitglieder der LINKEN konkrete Änderungsanträge stellen. Das geht entweder schriftlich oder auch über unser Antragstool auf [parteidebatte.die-linke.de](http://parteidebatte.die-linke.de). Antragsschluss ist der 30. Mai 2013.

## SUCHE

[UNSER TEAM FÜR SOZIALE  
GERECHTIGKEIT](#)[LANDESLISTEN ZUR BUNDESTAGSWAHL](#)[DEBATTE ZUM  
BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM](#)[100 PROZENT SOZIAL - ENTWURF DES  
WAHLPROGRAMMS ZUR  
BUNDESTAGSWAHL](#)[ABLAUF DER DEBATTE](#)[MITMACHMÖGLICHKEITEN](#)[ELEKTRONISCHE PROGRAMMDEBATTE](#)[LEITFRAGEN](#)[WAHLSTRATEGIE 2013](#)[HÖHN UND TIEFEN - DIE KOLUMNE](#)[AUF DEN PUNKT GEBRACHT](#)[FRÜHERE WAHLPROGRAMME](#)[WAHLERGEBNISSE](#)[WAHLTERMINE](#)[ARCHIV: BUNDESTAGSWAHL 2009](#)

13. März 2013

## Agenda 2010 - Ein Jahrzehnt Marktgläubigkeit und Sozialabbau

***Im März 2003 verkündete die rot-grüne Bundesregierung die Reformpolitik der Agenda 2010. Dazu erklärt die Landesvorsitzende Birke Bull:***

„Der Markt wird es richten! Ende der 1990er Jahre leiteten Gerhard Schröder und Tony Blair einen neuen Kurs der europäischen Sozialdemokratie ein: Es gelte nun, in den traditionellen Konfliktlinien Kapital und Arbeit, Markt und Staat, Individuum und Gesellschaft, alte Positionen zu verlassen. Sie passen nicht mehr in die Zeit des Wechsels von der Industrie- in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, so Schröder und Blair im gemeinsamen Papier „Der Weg nach vorne“. Gebote der Stunde seien der Rückzug des Staates, die Verlagerung von Risikoabsicherung in das Private und in die Zivilgesellschaft, die Flexibilisierung der Märkte mit dazu passenden Arbeitnehmern sowie Steuerentlastungen für das Kapital.

Mit der Behauptung, der Markt funktioniere ohne gesetzliche Schranken am besten und die Antwort auf globalen Konkurrenzdruck könne nur Sozialabbau und Eigenverantwortung heißen, kappte die Sozialdemokratie ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung vollends. Aus den Vorgaben des Schröder-Blair-Papiers (1999) gossen Rot-Grün ihr Regierungsprogramm. Am 14. März 2003 kündigte Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung die Reform Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen an: Eigenverantwortung statt Sozialstaat, Chancen- statt Verteilungsgerechtigkeit, Pragmatismus statt Ideologie. Die damalige Einschätzung der Folgen, u.a. von über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler formuliert, hat heute nichts an Aktualität verloren: Verarmung von Erwerbslosen, Schaffung einer Zweiklassenmedizin, Absenkung der Rente, Ausweitung des Niedriglohnssektors aufgrund des Zwangs, fast jede Arbeit annehmen zu müssen, - die Reform „bekämpft die Arbeitslosen, nicht die Arbeitslosigkeit“.

Nicht geändert hat sich dagegen das Bekenntnis der SPD zum Pragmatismus. Auf die Agenda 2010 wird sich heute so bezogen, wie es gerade opportun ist, - mal als Krisenwerkzeug, mal als punktuelle Fehlentwicklung - je nachdem, was die Fragestellung im Bundestagswahlkampf gerade verlangt. Viel war in den letzten Tagen von den verheerenden Folgen des Reformprojektes für die SPD die Rede: Verlust abertausender Mitglieder, verlorene Wahlen, Entfremdung der Gewerkschaften. So als wäre der Abbau des Sozialstaats ein schiefgegangenes parteistategisches Experiment. Wirklich verheerend sind die gesellschaftlichen Folgen nach über zehn Jahren staatlicher Deregulierung: für die Betroffenen von Hartz VI, die Leiharbeiter und Niedriglöhner, die Folgen für Kommunen und Ländern mit leeren Kassen, die Folgen in den europäischen Nachbarländern, die mit den deutschen Billiglöhnen nicht konkurrieren können. Diese Gesellschaft hat sich verändert, sie ist tief gespalten in arm und reich; der Markt diffundiert in alle Bereiche des Lebens.

DIE LINKE fordert eine konsequente Umverteilung, zulasten der Superreichen und der Vermögenden, die die Agendapolitik von Rot-Grün erst begünstigt hat. Das Ziel der Chancengleichheit bleibt leeres Gerede, solange der soziale Herkunft in Deutschland die Bildungsbiographie bestimmt. Der flächendeckende Mindestlohn muss kommen, die gesetzlichen Freibriefe für Leih- und andere prekäre Arbeit zurückgenommen werden. Kaufkraftstärkung, europaweite Sozialstandards, Marktbegrenzung - das nächste Jahrzehnt braucht eine Agenda Sozial. Solidarität bleibt die Maxime unserer Politik.

[zurück zu: Presseerklärungen](#)

Quelle:

<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/presse/presseerklaerungen/detail/artikel/agenda-2010-ein-jahrzehnt-marktgle>

13. März 2013

## **Stopp-Zeichen für Agenda-2010-Politik**

Am 14. März 2003 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder die so genannte Agenda 2010. Vor diesem Hintergrund erklären die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Sabine Dirlich und der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert: „Die Agenda 2010 und die damit verbundene Hartz-Gesetzgebung führten zu einer der tiefgreifendsten gesellschaftlichen Veränderungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Für viele Menschen gerade in Sachsen-Anhalt haben diese Veränderungen zu einer tiefen Verunsicherung und zu prekären Lebenssituationen geführt. Ursache dafür sind u.a. die gravierende Ausweitung des Niedriglohnsektors, Lohndumping, Leiharbeit, eine Zementierung der Langzeitarbeitslosigkeit oder ein wachsendes Armutsrisiko. „Fördern und Fordern“, so lautete die Devise - aber geblieben ist nur das „Fordern“. Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sind massiven Sanktionen ausgesetzt, jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer ist davon bedroht, nach 12 oder spätestens 18 Monaten in die Mühlen von Hartz IV zu geraten. DIE LINKE lehnt all dies von Anbeginn an ab und setzt diesen unseligen und unsozialen Mechanismen klare und realistische Forderungen entgegen. Es geht darum, die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetzgebung zu überwinden - der gesetzliche Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gesicherte Beschäftigungsverhältnisse und eine sanktionsfreie bedarfsorientierte Mindestsicherung sind Wege, dies zu erreichen. Begonnen hat diese Entwicklung in Verantwortung einer rot-grünen Bundesregierung, eine schwarz-rote und eine schwarz-gelbe Bundesregierung haben sie ungebrochen fortgesetzt und ausgeweitet. Mögen die Agenda-Verantwortlichen sich heute feiern - Fakt bleibt eine wachsende soziale Polarisierung der Gesellschaft, die in ihrer Konsequenz zu einer Bedrohung der Demokratie geraten kann. 10 Jahre Agenda-2010-Politik sind Anlass genug, hier endlich klare Stopp-Zeichen zu setzen.“ Magdeburg, 13. März 2013

---

10 Jahre Agenda 2010 - 10 Jahre Hartz-Gesetze Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt?

### **1. Worum geht es eigentlich?**

Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 in schöner Deutlichkeit gesagt, was SPD und Grüne wollen: Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern, mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern. Seine Kritik zielte vor allem darauf, dass die Struktur der Sozialsysteme seit 50 Jahren praktisch unverändert geblieben ist. Schon vor der Hartz-Gesetzgebung gab es einschneidende Veränderungen wie die Teilprivatisierung der Rente oder die Steuerreform zur Entlastung der Unternehmen. Nur wenige Beispiele aus der Gesetzgebung zeigen die Brisanz. Hartz I – Zumutbarkeitsverschärfung für die Annahme von Stellenangeboten (2003). Hartz II – Entdynamisierung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Einführung der Ich-AG (2003). Hartz III – Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 12/18 Monate, ABM nicht mehr arbeitslosenversichert (2004). Hartz IV – Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ((2005). Entgegen den wohlklingenden Phrasen aus den Begründungen der Reform, ging es im Grunde vor allem darum, die Menschen dazu bereit zu machen, jede Arbeit anzunehmen, und das zu jedem Preis.

### **2. Einzelfragen – Versprechen der Hartz-Reformen und was daraus wurde**

Den Arbeitslosen wurde ein Jobwunder versprochen.

Ein Blick auf die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt die Wahrheit. Im Juni 2003 waren in Sachsen-Anhalt 660.150 Frauen und Männer vollzeitbeschäftigt. Im Juni 2011 waren es 606.700. Dafür stieg die Teilzeitbeschäftigung von 102.700 im Juni 2003 auf 151.400 im Juni 2011.



Im Zusammenhang mit dem Versprechen der Flexibilisierung wurden die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung massiv ausgeweitet. Das sollte angeblich eine Maßnahme zur Erhöhung der Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmerinnen sein.  
Das Ziel war, den Unternehmen das Heuern und Feuern zu ermöglichen und lange Betriebszugehörigkeiten zu verhindern.

Die tatsächliche Folge ist deshalb auch, dass inzwischen mehr als die Hälfte aller unter 35-Jährigen befristet beschäftigt werden.

SPD und Grüne versprachen, Arbeitsanreize zu schaffen.

Das eigentliche Ziel bestand aber darin, die Arbeitslosen in jede nur angebotene Arbeit zu zwingen. Dazu haben sie einfach den Anspruch auf Arbeitslosengeld auf 12 Monate verkürzt.

Das bedeutet im Klartext, dass Menschen unter 55 Jahren nach einem Jahr Arbeitslosigkeit ungebremsst in Hartz IV fallen. Die Folge sind massive Existenzängste, auch unter den noch Beschäftigten und eine zunehmende Bereitschaft, auch miese Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe wurden mit dem Versprechen zusammengelegt, den Sozialhilfeempfängerinnen Zugang zu Arbeitsmarktmaßnahmen zu ermöglichen.

Das tatsächliche Ziel bestand darin, die Arbeitslosenhilfe abzuschaffen und alle arbeitsfähigen Hilfeempfängerinnen auf Sozialhilfeniveau zu drücken.

Nachdem die Arbeitsmarktmaßnahmen drastisch zusammengestrichen, ABM ganz abgeschafft und die Maßnahmen zur Weiterbildung halbiert wurden und nachdem auch keine Rentenansprüche mehr erworben werden, ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe auch wirklich das einzige Ergebnis, was von der angeblich größten Reform auf dem Arbeitsmarkt übrig geblieben ist.

Den Sozialhilfeempfängerinnen wurden bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt versprochen. Eigentliches Ziel war es, auch sie in Niedriglohn zwingen zu können.

Trotzdem sind 24% der Empfängerinnen von Hartz IV im Dauerbezug seit seiner Einführung. In Sachsen-Anhalt sind es sogar 30%. Und viele von ihnen sind es, obwohl sie nicht arbeitslos sind. Versprochen war eine schnellere und passgenaue Vermittlung in den Arbeitsmarkt.

Faktisch hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen erhöht. 2005 waren 57% der Arbeitslosen langzeitarbeitslos, 2012 waren es bereits 69%.

Gerhard Schröder war 2005 in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos stolz auf die Ergebnisse seiner Reformen. „ wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, so Schröder damals.

Gerhard Schröder war 2005 in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos stolz auf die Ergebnisse seiner Reformen. „ wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, so Schröder damals. Wir halten es für einen Skandal, dass der Druck der Hartz-Gesetze dazu geführt hat, dass wir inzwischen einen Anteil des Niedriglohns in Sachsen-Anhalt von fast 22% haben, legt man die Niedriglohnschwelle Ost zugrunde. Auf der Basis der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle sind es sogar ca. 41%. Mit allen negativen Folgen für die Kaufkraft, die wir von Anfang an befürchtet haben.

Das großartigste Versprechen gipfelte in der Losung vom „Fordern und Fördern“.

Auch hier bestand das Ziel darin, Arbeitslose zur Annahme jeder Arbeit zwingen zu können. In der Folge wurden die Zumutbarkeitskriterien zu Ungunsten der Arbeitslosen verändert, Sanktionen ausgeweitet, der Kündigungsschutz aufgeweicht und die Möglichkeiten der Leiharbeit massiv vergrößert.

Die Leiharbeit in Sachsen-Anhalt hat sich allein von 2003 bis 2008 fast verdreifacht. Förderung sieht anders aus.

Die Kommunen wurden mit dem Versprechen geködert, von der Zahlung für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen entlastet zu werden. Gleichzeitig wurden sie allerdings mit der Zahlung der Kosten der Unterkunft für die ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängerinnen belastet.

Im Jahr 2004 haben die Kommunen in Sachsen-Anhalt etwa 350 Millionen Euro an Sozialhilferegelsatz und Wohngeld für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen ausgegeben. 2011 gaben sie etwa 400 Millionen für die Kosten der Unterkunft aus.

### **3. Was setzt DIE LINKE dagegen?**

Gegen den Niedriglohn setzen wir den gesetzlichen Mindestlohn. Gegen die Ausgrenzung eines immer größeren Teils der Arbeitslosen setzen wir eine sanktionsfreie bedarfsorientierte Mindestsicherung. Wir wollen Niedriglohn bekämpfen und die Befristung von Arbeitsverhältnissen streng begrenzen. Wir wollen die Rahmenfristen und Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung besser ausgestalten und die Zumutbarkeitskriterien ändern. Wir wollen Leiharbeit strikt begrenzen und fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Sabine Dirlich sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin Magdeburg, im März 2013

---

[zurück zu: Presse](#)

Quelle:

<http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/presse/detail/browse/1/artikel/stopp-zei>

8. März 2013

# Internationaler Frauentag

***Zum Internationalen Frauentag erklärt die Landesvorsitzende Birke Bull:***

?Diese Gesellschaft ist dual aufgeteilt, Frauen und Männern werden damit verschiedene Funktionen und Eigenschaften zugeordnet. Schon daraus resultieren unterschiedliche Erwartungen, aber auch unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen und Männern. Die reale Gleichstellung aller Menschen ist schwieriger herstellbar als es die gesetzliche Gleichstellung verspricht.

Frauen verdienen weniger als Männer, arbeiten mehr in Teilzeit, bekommen weniger Rente, sind selten in Führungs- und Spitzenpositionen anzutreffen. An den parallelen Erwartungen an Frauen in Familie und Beruf hat sich wenig verändert; die reale Zeit, die Frauen für die Hausarbeit aufbringen, ist durch die Technisierung der Haushalte nicht geringer geworden.

Gleichstellungspolitik setzt damit nicht nur im Kampf gegen Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz und in der Karriereplanung an. Gleichstellungspolitische Ziele müssen die Männergesellschaft selbst verändern und nicht Frauen nach diesem Bilde normieren.

Traditionelle Frauenbilder und Männerbilder motivieren letztlich weltweit die Unterdrückung und die Gewalt gegen Frauen und Menschen, die sich nicht einer eindeutigen Identifizierung beugen wollen oder können.?

Magdeburg, 08. März 2013

[zurück zu: Presseerklärungen](#)

Quelle:

<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/presse/presseerklaerungen/detail/artikel/internationaler-frauentag-4/>

27. Februar 2013

## Die lange vergessenen Opfer

***Die stellvertretende Landesvorsitzende, Henriette Quade, zum Gedenken an die Deportationen von Sinti und Roma vor 70 Jahren:***

»Stehen Minderheiten im Abseits des öffentlichen Interesses, trifft dies auch für das an ihnen begangene Unrecht zu. Sinti und Roma stoßen auch heute auf Vorurteile, Diskriminierungen und Verallgemeinerungen. Bestehende soziale Probleme, wie mangelnde Bildungszugänge und materielle Armut, lassen sich so auch zu Wesensmerkmalen einer Gruppe umdefinieren. In der Diskussion um Armutsmigration von Sinti und Roma finden die elenden Lebensbedingungen und die Verfolgung durch staatliche Behörden oder militante Rechte, vor allem in Süd- und Osteuropa, wenig Beachtung.

Sinti und Roma gehörten bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zu sozial stigmatisierten Gruppen. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde die Verfolgung zudem rassistisch begründet. Die definierten Kriterien, die für Jüdinnen und Juden galten, wurden auch auf Sinti und Roma angewandt. Ab 1935 begann die Verschleppung in Internierungslager, 1940 die systematische Deportation in die Arbeits- und Vernichtungslager im Generalgouvernement. Im Dezember 1942 ordnete Heinrich Himmler die Ermordung aller noch im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten lebenden Sinti und Roma an.

Ab Februar 1943 wurden 23.000 Menschen nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Den Inhaftierten gelang im Mai 1944 eine einmalige Widerstandsaktion im Lager. Im August 1944 starben die letzten der bis dahin überlebenden Deportierten. 3.000 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, wurden in den Gaskammern von Birkenau ermordet.

Zum Gedenken an die Opfer des Völkermordes gehört für DIE LINKE das Ende von Diskriminierung im Heute. Bereits 1992 war es die Stimmungsmache gegen Roma, die die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen einleitete. Nach den rassistischen Ausschreitungen vor 20 Jahren folgte bekanntlich die Schleifung des Asylrechts im Deutschen Bundestag.«

Magdeburg, 27. Januar 2013

Das Bündnis gegen Rechts Magdeburg ruft zu einer Gedenkveranstaltung am 1. März 2013 auf: Die Gedenkveranstaltung findet um 10.00 Uhr an der Namensstele im Florapark (Olvenstedter Graseweg, Fußgängerzugang zum Flora-Park) statt. Im Anschluss an das Gedenken findet um 11.00 Uhr in der Stadtteilbibliothek eine Filmveranstaltung von Romano Drom e.V. und dem Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. statt.

Gezeigt wird der Dokumentarfilm »Was mit Unku geschah. Das kurze Leben der Erna Lauenburger«. Außerdem gibt es Gelegenheit zum Gespräch mit Zeitzeugen.  
<http://bgrmagdeburg.wordpress.com/>

[zurück zu: Presseerklärungen](#)

Quelle:

<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/presse/presseerklaerungen/detail/artikel/die-lange-vergessenen-opfer/>

# **Einberufung der VertreterInnenversammlung zur Wahl der BewerberInnen für die Landesliste für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag**

## **1. Einberufung der VertreterInnenversammlung zur Nominierung der Landesliste für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag**

Die VertreterInnenversammlung zur Nominierung der BewerberInnen der Landesliste zur Bundestagswahl wird für Sonnabend, den 13. April 2013 nach Magdeburg in das Büro- und Tagungs-Center einberufen. Die VertreterInnenversammlung kann nur Entscheidungen treffen, die direkt mit der Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl zu tun haben. Das bedeutet, es können nur Anträge gestellt werden, die als Gegenstand der VertreterInnenversammlung die Wahl zur Aufstellung der Landesliste haben.

### **Vorläufige Tagesordnung**

1. Eröffnung der VertreterInnenversammlung
2. Konstituierung
  - Wahl des Tagungspräsidiums
  - Benennung Versammlungsleitung, Schriftführung, 2 Personen, die eidesstattliche Versicherungen abgeben
  - Beschluss über die Geschäftsordnung
  - Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan
  - Wahl der Mandatsprüfungskommission und der Wahlkommission
3. Rede der Landesvorsitzenden Birke Bull
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
5. Vorstellung der KandidatInnen für die Landesliste zur Bundestagswahl und Wahl der Listenplätze entsprechend der Wahlordnung
6. Gesamtabstimmung über die Landesliste
7. Schlusswort

### **Vorläufiger Zeitplan**

- |                       |                                                                  |
|-----------------------|------------------------------------------------------------------|
| 11.00 Uhr - 11.05 Uhr | Eröffnung der VertreterInnenversammlung                          |
| 11.05 Uhr - 11.15 Uhr | Konstituierung                                                   |
| 11.15 Uhr - 11.45 Uhr | Rede der Landesvorsitzenden                                      |
| 11.45 Uhr - 11.50 Uhr | Bericht der Mandatsprüfungskommission                            |
| 11.50 Uhr - 13.00 Uhr | Vorstellung der KandidatInnen für die Listenplätze und Wahlgänge |
| 13.00 Uhr - 14.00 Uhr | Mittagspause                                                     |
| 14.00 Uhr - 16.30 Uhr | Fortsetzung Vorstellung der KandidatInnen und Wahlgänge          |
| 16.30 Uhr - 17.00 Uhr | Pause                                                            |
| 17.00 Uhr - 19.30 Uhr | Fortsetzung Vorstellung der KandidatInnen und Wahlgänge          |
| 19.30 Uhr - 19.40 Uhr | Gesamtabstimmung                                                 |
| 19.40 Uhr             | Schlusswort                                                      |

## **2. Maßnahmen zur Vorbereitung der VertreterInnenversammlung**

Der Landesvorstand beauftragt die Landesgeschäftsführerin und den Landesschatzmeister, die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl zu schaffen.

## **3. Delegiertenschlüssel**

Der Delegiertenschlüssel für die VertreterInnenversammlung wurde mit Beschluss des Landesvorstandes vom 16. Oktober 2012 festgelegt.

Arbeits- und Interessengemeinschaften sind von der Wahl zur Aufstellung der Landesliste entsprechend dem Wahlgesetz ausgeschlossen.

Die Wahl der Delegierten in den Kreisen für die VertreterInnenversammlung erfolgt vom 10. November 2012 bis 10. März 2013.

Im Übrigen gilt die Satzung § 10 Geschlechterdemokratie, die Wahlordnung der Partei DIE LINKE sowie das Bundeswahlgesetz.

Quelle:

[http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/vertreterinnenversammlung\\_2013/einberufung/](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/vertreterinnenversammlung_2013/einberufung/)





## Gregor Gysi zu Gast in Halle

**Gregor Gysi: „Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verdient unseren engagierten Wahlkampf!“** DIE LINKE streitet für gute Arbeit, von der man leben kann, für eine Energiewende, die sich jeder leisten kann, für ein Land, dass nicht als drittgrößter Waffenexporteur an Krieg und Elend verdient und für Löhne und Renten, die Menschen nicht in Ost und West einteilen.

23 Jahre nach der Wende sind geringere Löhne in Ostdeutschland und damit geringe Renten bei gleicher Tätigkeit nicht mehr hinnehmbar, so Gysi auf der öffentlichen Mitgliederversammlung der LINKEN am 15. März. Dort hatten die Genossinnen und Genossen aus Halle und dem Saalekreis mit **Petra Sitte ihre Direktkandidatin** für die kommende Bundestagswahl aufgestellt. Über 400 Menschen folgten der Veranstaltung im wunderbaren Ambiente des Steintor-Varietés in Halle (Saale).

Petra Sitte freute sich über die klare Zustimmung von über 98 Prozent der Stimmen und auf die Verteidigung des Direktmandats, u.a. gegen den „Ostbeauftragten der Bundesregierung, dessen Namen im Osten kaum einer kennt“. Sie hatte zuvor in ihrer Bewerbungsrede die Verbindung von sozialer Verantwortung und Innovation in einer Gesellschaft betont. Sie lebe gerne in der Universitäts- und Forschungsstadt Halle, schon weil sie Wissen und Kompetenz für den besten Schutz gegen den überbordenden Lobbyismus im Deutschen Bundestag hält. Permanente Arbeit an ihrer fachlichen Basis – im Ausschuss „besser zu sein als andere Abgeordnete“, das sei ihr persönlicher Ehrgeiz.

In der Digitalisierung der Welt lägen enorme Potenziale: Nichts weniger als „eine Revolution hat sich vollzogen, die es erschwere, Wissen zur Ware zu machen. Eigentums- und Verhältnisse oder Herrschaftswissen werden damit infrage gestellt.“ Ein neues Bedürfnis des Teilens durchziehe nicht nur das Internet, eine gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, gemeinschaftliche Formen der Mobilität verweisen auf die Möglichkeiten eines sozial-ökologischen Wandels. „**Intelligente Kooperation – kooperative Intelligenz**“ für Sitte ein neues Markenzeichen der LINKEN.

Gregor Gysi begann sein Grußwort mit lobenden Worten für die Kandidatin, Sittes Spezialwissen müsse wieder ein wichtiger Bestandteil der neuen Fraktion sein. Auch den extra für eine Lesung aus seinem neuen Buch nach Halle gekommenen **Jan Korte** würdigte Gysi als „ebenfalls hervorragendes Mitglied der Fraktion“, das er sich im nächsten Bundestag wünsche. Das was Korte im Buch „Geh doch rüber“ [URL: http://www.jankorte.de/nc/aktuell/publikationen/detail/zurueck/publikationen-9/artikel/geh-doch-rueber-feinste-beobachtungen-aus-ost-und-west/](http://www.jankorte.de/nc/aktuell/publikationen/detail/zurueck/publikationen-9/artikel/geh-doch-rueber-feinste-beobachtungen-aus-ost-und-west/) noch ironisch beschreibt, mündet auf der politischen Ebene in eine der

## Hauptforderungen der LINKEN im Bundestagswahlkampf: der Abbau der Ost-Westdifferenz.

Ebenso unversöhnlich halte es die LINKE mit der Polarisierung der Gesellschaft in arm und reich. Die Vermögen steigen, die Reallöhne stagnieren. Die Rente mit 67 ist nicht nur eine Rentenkürzung, sondern auch eine bösartige Augenwischerei bei den realen Chancen älterer Erwerbsloser. 23 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland, also fast ein Viertel arbeiten in prekären Jobs, also für Niedriglohn, in Minijobs oder als so genannte Aufstocker. Über die Hälfte der unter 35-Jährigen haben nur befristete Arbeitsverträge – niemand solle sich über die mangelnde Bereitschaft in Deutschland wundern, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen.

Gregor Gysi bekräftigte die **Hauptforderungen der LINKEN** gegen die herrschende Politik der sozialen Spaltung: Bürgerversicherung statt einer 2- und 3-Klassenmedizin, gesetzlichen Stopp explodierender Strompreise, Rücknahme der Deregulierungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt statt Export des Sozialabbau in die Länder Europas, eine Steuerpolitik, die den sozialen Zusammenhalt finanzieren kann, Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

„Eine starke Landesgruppe“, also viele gute Abgeordnete der LINKEN aus Sachsen-Anhalt im nächsten Bundestag wünschte sich **Birke Bull** am Schluss der Veranstaltung. Dies sei aus ihrer Sicht als Landesvorsitzende erlaubt, so Bull, – auch wenn es natürlich um ein starkes Ergebnis der LINKEN insgesamt gehe am 22. September 2013. Die Mitglieder in Halle stehen schon mal geschlossen hinter ihrer Kandidatin: „Liebe Petra, Dein Wahlkampf ist unser Wahlkampf“.

**Petra Sitte** [<URL: http://www.petra-sitte.de/>](http://www.petra-sitte.de/) erhielt von 208 anwesenden Mitgliedern:

204 Ja-Stimmen, (98,08 Prozent)

3 Enthaltungen,

1 Nein-Stimme.

Die Landesliste der LINKEN [<URL: http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/vertreterinnenversammlung\\_2013/einberufung/>](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/vertreterinnenversammlung_2013/einberufung/) in Sachsen-Anhalt wird am 13. April 2013 in Magdeburg gewählt (Zweitstimmen).

Zudem werden für jeden Bundestagswahlkreis die Direktkandidaten aufgestellt (Entscheidend ist der Gewinn der meisten Erststimmen).

## Fotogalerie



QUELLE: [HTTP://WWW.DIELINKE-SACHSEN-ANHALT.DE/POLITIK/AKTUELL/DETAILSEITEN\\_ARTIKEL/GYSI\\_IN\\_HALLE/](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/politik/aktuell/detailseiten_artikel/gysi_in_halle/)